

# Ein verkapptes WTO-Treffen

## Aktion Simone Lovera über die Schwierigkeiten einer gendersensiblen Klimapolitik

Interview: Ilana Krause

Vom 11. bis 23. November 2013 fand in Warschau die 19. UN-Klimakonferenz (COP 19) statt. Für die NGO Global Forest Coalition nahm daran die Umweltjuristin Simone Lovera aus Paraguay teil. Am zweiten Tag der Konferenz sprach ak mit ihr über Sinn und Unsinn der Klimagipfel und über die Frage, inwiefern Frauen besonders vom Klimawandel betroffen sind.

Seit Kopenhagen sind die UN-Klimaverhandlungen von der öffentlichen Bildfläche verschwunden. Was können wir von Warschau und den Verhandlungen im allgemeinen erwarten?

**Simone Lovera:** Der Taifun Yolanda hat eindeutig gezeigt, wie wichtig das Thema ist und wie erbärmlich es ist, dass die Menschen nicht in der Lage sind, mit solch einem Problem umzugehen. Ich bin frustriert, dass ein System wie die UN nicht fähig ist, konkrete Schritte einzuleiten, um solche Katastrophen zu verhindern. Doch wir müssen endlich realisieren, dass der ganze UN-Klimaprozess grundlegend korrumpiert ist: Das aktuelle und das vorige UN-Klimasekretariat haben den Unternehmenssektor extrem stark einbezogen. Deshalb geht es mittlerweile nur noch um Geld und darum, wie ökonomische Modelle auf ein Umweltproblem angewandt werden können. Doch es wird keine realen Fortschritte geben, solange es lediglich um neue Marktmechanismen geht und solange sich anstelle verbindlicher Ziele das System »pledge and review« (1) durchsetzt. Außerdem braucht es mehr finanzielle Unterstützung für »Loss and Damage«, also Schäden und Verluste durch den Klimawandel, für die Anpassung an Folgen des Klimawandels. Aber das alles bleibt in weiter Ferne, solange derart um den Privatsektor und den Emissionshandel herum scharwenzelt wird.

Dieses Jahr wurde zum ersten Mal die Industrie zu einem Vorgipfel eingeladen. Was waren die Reaktionen darauf in eurer Organisation?

Zynismus - da wir es fast erwartet hatten. Es ist klar, dass dieser Prozess übernommen wurde. (2) Bereits die Wahl von Polen als ausrichtendem Land war ein fundamentaler Fehler, da das Land stark auf Kohle setzt und sich innerhalb der EU gegen höhere Klimaziele einsetzt. Zudem konnten hier viele Teilnehmenden aus dem globalen Süden nicht einreisen. Aus unserer Organisation gab es einige, die kein Visum bekommen haben. Damit werden Stimmen aus dem Süden ausgeschlossen, und wieder einmal ist die Konferenz total auf die große Kohleindustrie in Europa ausgerichtet.

Du sagst, es muss eine globale Antwort auf den Klimawandel geben. Die Chancen dafür stehen in Warschau noch schlechter als 2009 in Kopenhagen. Warum fahren wir immer noch zu diesen Treffen?

Hauptsächlich nehmen wir an diesen Verhandlungen teil, um weiteren Schaden zu begrenzen. Die Ausweitung des Emissionshandels weltweit würde zu massiven Schäden für viele Menschen führen, ebenso die stärkere Beförderung von Bioenergie. Wir sehen das hier als verkapptes Treffen der Welthandelsorganisation WTO. Wir sind hauptsächlich hier, um dem Prozess etwas entgegen zu setzen.

Klimawandel wird in aller Regel als ökonomisches und technisches Problem behandelt. Es gibt jedoch auch Wege, die Frage nach sozialer Gerechtigkeit einzubringen. Eine Möglichkeit dazu ist, Genderaspekte in den Blick zu nehmen. Kannst du uns etwas zur Rolle von Gender in den Klimaverhandlungen sagen?

Ich denke, die Chancen für eine stärkere Beachtung der Genderperspektive sehen erst nach 2015 besser aus. Ich bezweifle ernstlich, dass es in Warschau klappen könnte, die geschlechtsspezifischen Auswirkungen des Klimawandels in den Blick zu nehmen. Die Verhandlungen hier sind einfach viel zu industrieorientiert. Wir sollten diesen Punkt trotzdem weiterverfolgen, besonders in Bezug auf Anpassungsmaßnahmen. Denn zum einen sind Frauen überproportional betroffen vom Klimawandel, zum anderen können aber auch die Maßnahmen gegen Klimawandel negative Auswirkungen auf Frauen haben. Jetzt wird z.B. viel von »klimasmarter« Landwirtschaft gesprochen. Das könnte genetisch veränderte Getreidesorten und mehr Pestizide bedeuten, was unglaublich negative Auswirkungen auf Frauen hätte.

Beim Klimagipfel in Doha letztes Jahr wurde die sogenannte »gender decision« gefällt, die den Anteil von Frauen in den Delegationen und Gremien verbessern soll. Zudem soll Gender ein eigenständiges Thema auf den Klimakonferenzen werden. Siehst du in der Entscheidung einen Beitrag zu einer stärker gendersensiblen Klimapolitik?

Nein, denn die Gender-Entscheidung wurde total instrumentalisiert! Anfänglich war die Idee, dass der Beschluss alle beteiligten Parteien dazu zwingt, die Genderdimension in all ihren Politiken zu berücksichtigen. Doch Leute, die angeblich für die Klimagerechtigkeitsbewegung sprechen und dabei wunderbar in den Mainstream passen - wie etwa Mary Robinson (3) - haben dafür gesorgt, dass diese Entscheidung völlig irrelevant geworden ist. Sprich: Mehr Frauen verschwenden in diesem furchtbaren Prozess ihre Zeit. Das traurige ist: Je unwichtiger ein Regelwerk ist, umso mehr Frauen sind dort am Start, da es immer noch die »gläserne Decke« gibt. Somit ist die bloße Forderung, dass wir die Anzahl von Frauen erhöhen müssen, absoluter Unsinn. Die Gender-Entscheidung ist letztlich ein Anzeichen dafür, dass das Klimathema nicht mehr wirklich wichtig ist. Wenn es dann doch mal um wirklich wichtige Richtlinien geht, tauchen auf einmal wieder Männer auf.

Hast du ein Beispiel dafür?

Energie. Ich nehme mal an, der Kohlegipfel wird ziemlich männlich dominiert sein (lacht). Zwar besagt nun ein kleiner Satz, dass vielleicht auch Gender in der Klimakonvention berücksichtigt werden müsste. Doch selbst das wurde total verwässert. Mir ist egal, ob Frauen oder Männer in den Gremien sitzen, so lange dort wirklich gender-sensible Entscheidungen getroffen werden. Schau dir Christiana Figueres an, die aktuelle Generalsekretärin des Klimasekretariats - da leitet eine Frau den Prozess und verkauft uns an die Kohleindustrie.

Nach Kopenhagen waren sehr viele KlimagerechtigkeitsaktivistInnen vom Prozess enttäuscht; viel passiert nun auf lokaler Ebene (siehe Seite 15). Wie beurteilst du den Widerspruch, dass wir eine globale Antwort auf den Klimawandel brauchen, dabei aber nichts rumkommt und gleichzeitig das Problem nicht allein mit dem Anbau von ein paar Tomaten oder dem Betrieb eines kleinen Kraftwerks im eigenen Keller angegangen werden kann?

Ich glaube, wir brauchen hier nicht hunderte von Leuten. Besonders nicht, wenn sie hier her fliegen. Wir brauchen ein kleines starkes Team von vielleicht 50 AktivistInnen, die Zeit investieren, um hier mit ihrer Expertise und Erfahrung Schadensbegrenzung zu betreiben, und die dann der größeren Bewegung Bericht erstatten. Ich verurteile die großen Massen nicht, die zu Hause bleiben und fantastische Aktionen machen. Kurz bevor ich hierher gekommen bin, habe ich eine Nachricht von Friends of the Earth Netherlands erhalten, Genossinnen aus alten Zeiten, die mir schrieben: »Tut uns leid, dass wir nicht kommen können, aber wir waren sehr aktiv und haben hier jetzt 139 Gemeinden, die sich als Fracking-frei deklariert haben.« Es werden also viele Aktionen umgesetzt und das gibt Hoffnung. Für nächstes Jahr ist es zentral, dass die Frauenbewegungen sich mit anderen großen Bewegungen vernetzen, denn es gibt viel Erfahrung mit nachhaltigen Lebensweisen innerhalb der Bewegungen. Wir sollten uns stark aufstellen als soziale Bewegung und einen kritischen Blick auf die politischen Strategien haben und uns nicht nur darauf fokussieren, wie viele Frauen irgendwo zugelassen werden. Das wäre meine zentrale Botschaft.

**Ilana Krause** ist aktiv im BUKO-Arbeitsschwerpunkt Gesellschaftliche Naturverhältnisse.

Anmerkungen:

1) Beim System des »pledge and review« (»zusagen und überprüfen«) benennt jedes Land seine geplanten Emissionsreduktionen und lässt diese öffentlich überprüfen. Die Gefahr des auf Freiwilligkeit beruhenden Verfahrens besteht darin, dass es ohne Sanktionen völlig unverbindlich bleibt.

2) Siehe den kritischen »Guide to Corporate Lobbying« der NGO Corporate Europe Observatory unter [www.tni.org](http://www.tni.org).

3) Mary Robinson war bis 2002 UN-Hochkommissarin für Menschenrechte und gründete 2010 die Mary-Robinson-Stiftung für Klimagerechtigkeit.